

Sozialdemokratische Partei Deutschland

Arbeitsgemeinschaft 60plus
Landesverband RLP



Antrag: Förderung eines Sozialen Jahres für möglichst viele junge Leute

Der SPD-Landesparteitag am 24.11.2081 möge beschließen:

Antrag:

Bund und Länder werden aufgefordert, die gesetzlichen Voraussetzungen so zu schaffen, dass – im Gegensatz zu heute – möglichst viele junge Menschen ein soziales Jahr absolvieren. Es müssen durch geeignete Maßnahmen Anreize geschaffen werden, damit sich mehr junge Leute als heute (0,34 % der Altersgruppe 18 bis 26 Jahre) für ein soziales Jahr entscheiden können.

Mit „jungen Menschen“ sind die gemeint, die ihre Lehre bzw. ihren Schulabschluss gerade erfolgreich absolviert haben und vor ihrem nächsten Lebensabschnitt (Arbeitsstelle oder Studium) stehen.

Mit dem freiwilligen sozialen Jahr können die jungen Menschen folgende Ziele erreichen:

- einen Einblick bekommen in die Lebenswirklichkeit unserer Gesellschaft, z.B. im Bereich der KiTas, in der Alten-/Behindertenpflege oder in anderen sozialen Einrichtungen. Sie lernen reale Lebenssituationen kennen und Empathie für Mitmenschen zu entwickeln.
- den Zusammenhalt unserer Gesellschaft mit aufbauen helfen.

Anreize für ein soziales Jahr können u.a. sein:

- Wesentlich bessere Entlohnung
- Erleichterter Zugang zu den Weiterbildungseinrichtungen
- Vorteile/Bevorzugung bei der Arbeitsplatzsuche
- Renten-Punkte

Begründung

Nach dem Fall des „eisernen Vorhangs“, in den späten 1980-iger Jahren, hat unsere Gesellschaft eine Durchdringung mit dem Neoliberalismus erfahren. Der Zusammenhalt unserer Gesellschaft ist in diesem Prozess dem Egoismus mit persönlichen Vorteilen geopfert worden. Die Auswirkungen gipfeln in Werbespots wie „Geiz ist geil“ (Elektronik-Handelskette Saturn) oder „Unterm Strich zähl ich“ (Postbank). Ehrenamtliches Engagement ist kräftig zurückgegangen, unsere Gesellschaft droht zu zerbrechen. Deshalb ist es wichtig, dass Menschen gerade im jungen Alter lernen, was eine solidarische Gesellschaft leisten kann und muss. Sie ist die Voraussetzung für ein menschenwürdiges Zusammenleben.

Viele Bürgerinnen und Bürger sind primär darauf ausgerichtet, zu schauen, was der Staat für sie noch alles bieten kann. Verantwortung für den „Nächsten“ und/oder „Schwächeren“ zu übernehmen ist heute nicht mehr opportun, da ja auch bereits in jungen Jahren bei den meisten Menschen derartiges selten eingefordert wird oder sie damit in ihren realen Lebensbezügen kaum konfrontiert werden.

Wie soll der Zusammenhalt einer vielschichtigen Gesellschaft funktionieren, wenn diese Gesellschaft nicht für möglichst viele junge Menschen einen Nährboden des Lernens für die Übernahme von Verantwortung und Pflicht gegenüber den Schwachen und Hilfsbedürftigen bietet.

Bei der Union und der FDP herrscht die Meinung vor, dass die Selbstregulierungskräfte der Gesellschaft diese Problematik der Entsolidarisierung lösen könnte, so „wie die Märkte uns das vormachen“ würden. Dies ist eine fatale gesellschaftlich relevante Fehleinschätzung. Es fehlt der politisch vorgegebene Rahmen!

J. F. Kennedy hat den von uns geforderten Anspruch bereits in den 1960iger Jahren auf den Punkt gebracht: „Frage nicht, was dein Land für dich tun kann – frage, was du für dein Land tun kannst.“

Das soziale Jahr gibt den jungen Menschen auch eine Möglichkeit, der Gesellschaft, in der sie behütet aufgewachsen sind und das Bildungssystem genutzt haben, etwas zurückzugeben.

Die meisten Menschen, die einen Zivildienst in ihrer Jugend abgeleistet haben, berichten, dass diese Zeit eine große Bereicherung in ihrem Leben war, die sie nicht missen möchten, da sie ihre weitere Entwicklung maßgeblich beeinflusst hat.